

Aufschwung 2021 – Planungs- und Bauwirtschaft als Eckpfeiler der deutschen Wirtschaft

Es wird immer klarer, dass die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise härter ausfallen und länger andauern werden, als anfänglich vermutet. Ohne weitere staatliche Impulse besteht die Gefahr, dass Wirtschaft und Gesellschaft dauerhaften Schaden erleiden und die Krise weit über das Jahr 2021 hinaus andauert. Nach den notwendigen Hilfen für Unternehmen mit kurzfristigen Einnahmeausfällen muss es nun darum gehen, eine Perspektive für das ganze Land zu entwickeln.

Die bisherige Stabilität der Planungs- und Bauwirtschaft sollte als Eckpfeiler der deutschen Wirtschaft gehalten und durch Investitionen in Mobilität, Wohnen, Gesundheit, Energieversorgung, Schulen und Industrie nachhaltige Wachstumsimpulse gesetzt werden. Es wäre fatal, aus Angst vor Einnahmeausfällen bereits geplante oder beschlossene Investitionen auszusetzen, damit das aufgebaute Vertrauen in die Planungssicherheit zu gefährden, Modernisierungen zu stoppen und eine Rezession erst herbeizuführen. Ziel aller Maßnahmen muss es sein, das Land möglichst schnell wieder zu starker volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu führen und den Neustart nach der Krise als Modernisierungsschub zu nutzen.

Schutzschirm für Kommunen

Den Kommunen drohen durch die Coronakrise erhebliche Ausfälle der Gewerbesteuereinnahmen von mehr als 10 Milliarden Euro. Sie treffen viele Gemeinden in einer Situation, in der die Investitionen wegen steigender Sozialabgaben ohnehin immer weiter reduziert worden sind. So ist der Sanierungsstau in den vergangenen zehn Jahren trotz zusätzlicher Bundesmitteln immer größer geworden. Allein bei den Schulen beträgt der Sanierungsbedarf rund 40 Milliarden und bei den Straßenbrücken 9 Milliarden Euro. Hinzu kommen bei den für das Straßenbild ebenfalls prägenden Bahnhöfen und Schienen rund 50 Milliarden Euro. Durch die Coronakrise rechnen bereits 34 Prozent der Kommunen mit einem Rückgang der Investitionen bereits für dieses Jahr. Ein Stopp geplanter Investitionen aber würde zur Verschärfung der Krise und am Ende zu noch höheren Sozialausgaben führen. Gleichzeitig geht der Verfall weiter und kappt so die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur.

Nachhaltige Investitionen schaffen hingegen Impulse und führen zu Folgeinvestitionen auf der privaten Seite. Sie führen zu Vertrauen und Planungssicherheit und strahlen so auf die gesamte Wirtschaft aus. Daher müssen alle aktuellen Projekte von Bund, Ländern und Gemeinden fortgeführt und geplante Aufträge erteilt werden. Betroffene Kommunen sollten im Rahmen eines Schutzschirms einen pauschalierten Ausgleich für ihre geringeren Gewerbesteuereinnahmen erhalten. Gleichzeitig sollte der Bund einen einmaligen Beitrag zur Tilgung der Altschulden überschuldeter Kommunen leisten.

Genehmigungsverfahren beschleunigen

Planungs- und Genehmigungsverfahren haben auch vor der Krise häufig zu lang gedauert. Die Krise erfordert nun aber, Investitionen schnellstmöglich umzusetzen. Je mehr Zeit zwischen einer Investitionsentscheidung und der Realisierung vergeht, desto weniger wirtschaftliche Impulse entstehen. Um die Genehmigungskapazitäten zu erhöhen, muss das Personal in den Bauämtern kurzfristig aufgestockt werden. Parallel sollten überregionale bauordnungsrechtliche Kompetenzzentren zur schnellen Umsetzung der konjunkturellen Maßnahmen eingerichtet werden. Die Beschleunigung der Planungen durch eine reibungslose digitale Zusammenarbeit muss überall ermöglicht und der digitale Bauantrag schneller als geplant flächendeckend eingeführt werden. Hierfür sind Investitionen in die technische Ausstattung aber auch in die Weiterbildung der Mitarbeiter erforderlich.

Die vom EuGH gekippte, aber seit Jahrzehnten bewährte deutsche Präklusionsregelung, mit der Einwendungen gegen Bauvorhaben zeitlich begrenzt waren, muss durch eine neue sinnvolle Präklusionsregelung wieder eingeführt werden. Durch eine Mitwirkungspflicht sollen Verbände bereits zu Beginn der Planungen einbezogen und so strittige Punkte frühzeitig identifiziert und kooperativ erörtert werden.

Private Investitionen fördern

Private Investitionen schaffen Arbeitsplätze und sind ein wichtiger Treiber wirtschaftlichen Wachstums. Daher muss neben den Kommunen auch die Investitionsbereitschaft privater Auftraggeber insbesondere durch steuerliche Anreize stärker gefördert werden. Staatliche Maßnahmen sollten dabei immer auch zur Beschleunigung von Transformationsprozessen dienen. Es ist daher sinnvoll, die Abschreibungsmöglichkeiten auszuweiten und Sonderabschreibungen für Investitionen in Digitalisierung und Klimaschutz bis mindestens 2022 zu ermöglichen. Ein Baustein kann dabei auch die gezielte Förderung standardisierter, digital gestützter Sanierungsplanungen zur energetischen Gebäudesanierung sein.

Zusammenarbeit vereinfachen

Die Krise sollte auch genutzt werden, um die Zusammenarbeit zwischen Auftraggebern und Auftragnehmern so einfach und reibungslos wie möglich zu gestalten. Hierfür sollten die Landesbauordnungen und Ingenieurgesetze der Bundesländer weitgehend vereinheitlicht und die Vergabeverfahren standardisiert werden. Auf Seiten der Auftraggeber sollten die digitale Rechnungslegung und einheitliche digitale Freigabeprozesse durchgängiger Standard werden.